

Verwaltung und Denkmalpflege

Andere über uns oder Denkmalpflege im Spiegel der Presse

Frank Werner, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Baugeschichte der Universität Stuttgart, nimmt in der Stuttgarter Zeitung immer wieder kritisch Stellung zu Fragen der Denkmalpflege. Der folgende Artikel, erschienen am 2. Dezember 1976, den wir hier ungekürzt wiedergeben, setzt sich mit der Situation der Denkmalpflege als Behörde unter Behörden auseinander. Wir danken dem Autor und der Stuttgarter Zeitung für die Genehmigung zum Nachdruck.

Der Kampf der Verwaltung mit der Denkmalpflege

Die Zeiten sind vorbei, in denen ein Mann wie der verstorbene Stuttgarter Oberbürgermeister Klett einen aufmüpfigen Denkmalpfleger anherrschen konnte, daß er als Stadtoberhaupt am besten wisse, was für Stuttgart erhaltenswert sei oder nicht. Die Denkmalpflege, fast zwei Jahrzehnte lang zu einem mehr oder weniger schattenhaften Dasein des Wiederaufbau-Booms verurteilt, hat jedoch die ihr aufgezwungene Denkpause zu nutzen verstanden.

Man revidierte die ideologischen Auffassungen, was als Denkmal im engeren und im weiteren Sinne anzusehen sei, und besann sich auf verschüttete gesellschaftspolitische und staatswirtschaftliche Verpflichtungen. Darüber hinaus wurde in mühevoller, von ständigen Kompetenzstreitereien bedrohter Arbeit ein neues juristisches Instrumentarium aufgebaut, das neuen Strategien der Denkmalpflege zum Durchbruch verhelfen sollte. So entstand die einprägsame Forderung nach einer „Zukunft für unsere Vergangenheit“.

Die Denkmalpfleger wollten nicht länger als reaktionärer Altherrenzirkel mit dem Ruf eines bloßen „Unfallverhütungsvereins“ angesehen werden. Selbstbewußt forderte man nunmehr ein frühzeitiges Mitspracherecht bei Sanierungs- oder auch Neubauvorhaben und versuchte, neben verstärkten Inventarisationsarbeiten sogar auf wissenschaftlicher Basis Kriterien zur Beurteilung des Bauens in historischer Umgebung aufzustellen.

Der Unfallverhütungsverein

Dabei wurde eine verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit mit den verwand-

ten Forschungsgebieten der Stadtgestaltung und der Baugeschichte angestrebt. All diese Bemühungen mündeten schließlich in die Forderung nach einem neuen Berufsbild für den Denkmalpfleger. Er sollte zusätzliche Qualifikationen erhalten, um neben Politikern, Architekten, Stadtplanern und Soziologen als gleichberechtigter Partner an kommunalen und privaten Bauaufgaben jeder Art mitwirken zu können. Als dann das Jahr 1975 zum „Jahr der Denkmalpflege“ ausersehen wurde, sah sich die Öffentlichkeit zum ersten Male mit den Emanzipationsbestrebungen der Denkmalpflege konfrontiert. Erstaunt und wohlwollend registrierte eine täglich wachsende Schicht von Planungen betroffener Bürger, daß es da immerhin eine staatliche Institution gab, die die eigenen Nöte – soweit sie den Raubbau der vertrauten historischen Umgebung berührten – nicht nur verstand, sondern auch immer häufiger bereit war, Schützenhilfe im Kampf gegen bauliche Umweltverschmutzung zu leisten. Daß dieser Prozeß von den an Widerspruch kaum gewöhnten Planungs- und Verwaltungsbehörden mit wachsendem Mißtrauen beäugt wurde, lag auf der Hand.

So war denn auch die 1975 im Stuttgarter Kunstverein von Denkmalpflegern organisierte Ausstellung „Inventur – Stuttgarter Wohnbauten 1865–1915“ nicht nach jedermanns Geschmack. Fanden sich viele Bürger in ihrer abwehrenden Haltung gegen eine um sich greifende Stadtzerstörung bestätigt, ging die Stadtverwaltung fast augenblicklich in die Defensive. Sie verschanzte sich hinter der Argumentation, daß gleichzeitig mit der Erhaltung historischer Wohnbausubstanz auch längst überholte Sozialstrukturen konserviert werden sollten. Und das wolle doch ernstlich wohl niemand. Außerdem wurden die Denkmalpfleger davor gewarnt, den Begriff der historischen Umwelt über Gebühr zu strapazieren und somit die Vergangenheit zu inflationieren. Städtische Einwände dieser und ähnlicher Art (auch aus dem Munde des neuen Oberbürgermeisters) klangen progressiv plausibel und stehen trotz hartnäckiger Kolportierung bislang unwidersprochen im Raum.

Die Logik dieser reservierten Haltung gegenüber der Denkmalpflege ist äußerst fadenscheinig und perfide; vor allem deshalb, weil sie eine neu orientierte, noch auf unsicheren Beinen stehende Denkmal-

behörde heimtückisch wieder mit einem Image behaftet, das man gerade mit Mühe und Not überwunden zu haben glaubte. Und fadenscheinig bleiben die genannten Argumente auch, weil die Denkmalpflege offensichtlich nicht im entferntesten an eine Konservierung historischer Sozialstrukturen denkt. Wie wäre es sonst zu erklären, daß man sich dort seit Jahren nicht allein um die Erhaltung gefährdeter Substanzen bemüht, sondern sich gleichzeitig um sozialpolitisch attraktive Nutzungen für großbürgerliche Wohnquartiere wie für abgeschiedene Arbeitersiedlungen sorgt.

Das Neue Schloß abreißen?

Auch die Bemühungen um eine Wiederwertung des seit Jahren leerstehenden Kleinen Schauspielhauses, des verrotteten Wilhelmatheaters, der vom Abriß bedrohten Cannstatter Béguinage, der demnächst freier werdenden Villa Gemmingen und vieler anderer skandalös vernachlässigter Objekte sollen nicht unerwähnt bleiben. Hat nicht jede historische Bausubstanz bislang nur dadurch überleben können, daß sie neuen Nutzungen zugeführt wurde? Oder käme heute allen Ernstes jemand auf die Idee, das Neue Schloß abzureißen, weil es überholte Sozialstrukturen repräsentiert? Ist die Entwicklungsgeschichte des gesamten Städtebaus nicht größtenteils ein einziger Prozeß der Änderung der Nutzung?

Daß der Denkmalpflege in diesem Prozeß wichtige Überwachungs- und Leitfunktionen zukommen, das haben beispielsweise die jüngsten Auseinandersetzungen um eine einseitig ausgelegte Nutzungsänderung im Gefolge einer stümperhaft modischen Aufpöppelung des Stuttgarter Hauptbahnhofs bewiesen oder auch die Proteste gegen die preisgekrönten Entwürfe des Bohnenviertel-Wettbewerbs. Hinzu kommt ein nicht zu unterschätzender Einsatz der Denkmalpflege für volkswirtschaftliche Belange. Haben die Denkmalpfleger in den letzten Jahren nicht wiederholt den Beweis erbracht, daß es für Kommunen wie für Privateigentümer im Einzelfall finanziell erheblich lohnender sein kann, historische Bauten nutzungsintensiv zu restaurieren, anstatt sie einzureißen und neu aufzubauen? Es liegen doch immerhin konkrete Berechnungen vor, die allerdings häufig von Kommunalpolitikern

schamhaft verschwiegen oder schlicht übergangen werden.

Allen Vorwürfen zum Trotz ist die Denkmalpflege – so wie sie sich heute in großen Teilen der Bundesrepublik präsentiert – ernst zu nehmender Mitstreiter betroffener Bürger im Kampf gegen behördliche oder private Planungswillkür und gleichzeitig staatlicher „Testamentsvollstrecker“ bei den Immobilien. Diese vom Gesetzgeber gewünschte dualistische Funktion dürfte einzigartig in der deutschen Behördenlandschaft sein, vor allem immer dann, wenn eine staatliche Behörde wie die Denkmalpflege sich zum Kampf gegen eine andere Behörde aus dem gleichen Stall aufgerufen fühlt.

Und hier könnte sich der denkmalpflegerische Umweltschutzgedanke eigenartigerweise mit einigen stadtbauutopischen Gedanken der Gegenwart treffen. Ohne geistesgeschichtliche Bezüge überstrapazieren zu wollen, sei kurz auf jene berühmte Definition des Historikers Lewis Mumford verwiesen, der zwischen „utopias of escape“ und „utopias of reconstruction“ unterscheidet. Zur Utopie der Flucht zählt bei Mumford die Verlegung des Paradieses auf Erden in ein unirdisches Reich. Die Utopien des Wiederaufbaues dagegen zielen nicht allein auf psychische Verbesserungen der Umwelt, sondern ebenso auf eine Verbesserung der gesellschaftlichen Werte und Institutionen. Ähnlich argumentiert die Architekturtheoretikerin Mechthild Schumpp, wenn sie sagt: „Der Gedanke einer sinnlich erfahrbaren und befriedigenden, den Menschen nicht mehr feindlich gesonnenen Umwelt ist ebenso wie die Einrichtung einer besseren und gerechteren Gesellschaftsordnung reales Ziel, bleibt konkrete Utopie der Stadt als Bildungsraum.“

Diesen Bildungsraum zu bewahren, historisch bedeutsame Kontexte ablesbar zu erhalten, das ist unbestreitbar eines der realen Ziele der Denkmalpflege in der Gegenwart. In diesem Sinne kann Denkmalpflege heute wohl kaum mehr reaktionär sein. Restaurativ erscheinen vielmehr diejenigen, die ausgerechnet der Denkmalpflege die Inflationierung einer brachial dezimierten historischen Umwelt vorwerfen. Die Denkmalpflege darf nicht am Ende sein, kaum daß sie richtig begonnen hat. Sie wird heute mehr denn je benötigt, um unsere urbane Gegenwart und Zukunft mit Anstand bewältigen zu können.

Frank Werner